

Arbeitsblatt 3: Das deutsch-polnische Verhältnis seit dem Regierungswechsel 2015

Nach den Parlamentswahlen in Polen im Oktober 2015 gewann die nationalkonservative Partei Prawo i Sprawiedliwość (Prawo i Sprawiedliwość, dt. Recht und Gerechtigkeit) eine absolute Mehrheit im Sejm. Insgesamt wurde das Wahlergebnis als Rechtsruck in Polen wahrgenommen. Die stark nationale Haltung der neuen Regierung insbesondere in der Flüchtlingsfrage, aber auch im Umgang mit dem Verfassungsgericht und den Medien belastet seitdem auch das deutsch-polnische Verhältnis. Die PiS-Partei wurde im Oktober 2019 wiedergewählt. Seitdem sind noch weitere negative politische Entwicklungen aus Deutschlands Perspektive beobachtet worden, wie die Diskriminierung sexueller Minderheiten oder die Verschärfung des Abtreibungsrechts. Es gibt aber auch spezifischere Themen, welche wiederkehrend zu Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern führen.

In einem Artikel im Deutschlandfunk (26.01.2021) wird über die Errichtung eines Polen-Denkmal diskutiert. Auch weitere problematische Themen des deutsch-polnischen Verhältnisses werden besprochen. Hier einige Beispiele:

„**Markus Meckel** dürfte von diesem Disput nicht überrascht sein. Er sieht den Bundestagsbeschluss vom 30. Oktober 2020 skeptisch. ‘Wenn ich ein polnisches Denkmal mache, komme ich gar nicht umhin, dass ich auch ein Denkmal für die belarussischen, die ukrainischen, die russischen Opfer mache. Und ich komme dann sofort in die zynische Frage: Machen wir in Deutschland nur ein Denkmal, wo die Opfer nach Millionen zählen?’, sagt der frühere DDR-Bürgerrechtler und SPD-Bundestagsabgeordnete 2019 im Deutschlandfunk Kultur.

Am Telefon betont Meckel, dass er das Erinnern an Polens Leiden unter der NS-Diktatur mitnichten relativieren will. Meckel befürchtet aber eine Nationalisierung des Gedenkens. Er befürwortet ein Projekt, das die Opfer sämtlicher Staaten in den Blick nimmt und spricht von einer ‚integrativen Erinnerung‘. Ein solches Vorhaben hat der Bundestag in der Tat im Oktober 2020 ebenso gebilligt. Das Deutsche Historische Museum soll im Auftrag von Kulturstaatsministerin Monika Grütters eine Dokumentationsstätte zur Historie der Besetzung Hitler-Deutschlands in Europa konzipieren. Der dazugehörige Beschlusstext erwähnt auch die polnischen Opfer explizit. Dieses Doppelprojekt ist als Kompromiss in einer langen Debatte gedacht. Die Dokumentationsstätte und den Polen-Gedenkort parallel zu realisieren, dürfte gleichwohl eine Herausforderung und ein Anlass für weitere Diskurse über die Gedenkkultur in Deutschland sein, wie differenziert an die NS-Zeit erinnert werden soll. Und wie wird eine Hierarchisierung von Opfern verhindert?“

„**Ein Dauerstreitthema**, und derzeit wieder aktuell, ist das deutsch-russische Pipelineprojekt Nord Stream 2. Es soll noch mehr russisches Gas durch die Ostsee direkt nach Deutschland transportieren. In Polen sprechen sich alle Parteien dagegen aus und sehen es als politisches Projekt.

Russland wolle demnach die Ukraine als Transitland für sein Gas ausschalten, um künftig mehr politischen Druck auf das polnische Nachbarland auszuüben. Für Warschau, das die Ukraine näher an die EU anbinden möchte, eine bedrohliche Entwicklung. Auch Deutschland gegenüber wohlgesinnte Politiker werfen Berlin hier mangelnde Solidarität vor.“

„**Ein weiteres Thema**: Die Warschauer Regierung pocht darauf, dass Polen in Deutschland mehr Rechte bekommen. Der PiS-Abgeordnete Bartłomiej Wroblewski fordert die ‚Verwirklichung des deutsch-polnischen Vertrages von 1991. Das war vor 30 Jahren und nicht alle Verpflichtungen wurden erfüllt, zum Beispiel was das Lernen der polnischen Sprache von Polen in Deutschland anbelangt.‘

Das müsse auch an Schulen angeboten werden, meint die PiS-Regierung. Berlin sieht das anders und verweist darauf, dass Polen in Deutschland nicht den Status einer Minderheit haben.“

„Zu Spannungen zwischen Berlin und Warschau führte in den vergangenen Jahren zudem, dass die polnische Regierung über Reparationen diskutiert – etwa für Schäden, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg angerichtet hat.

In der vergangenen Legislaturperiode gab es dazu einen Ausschuss im Sejm. Dessen Bericht wurde zwar bis heute nicht veröffentlicht. Führende PiS-Politiker erklärten aber, Deutschland müsse Polen hunderte Milliarden Euro zahlen.

Auch Wladyslaw Teofil Bartoszewski meint, Deutschland sei Polen noch etwas schuldig: ‚Aus moralischer Sicht ist es für mich klar, dass sich Deutschland hier zu einer Geste durchringen sollte. Polen hat unter dem Krieg außergewöhnlich gelitten. Und wir haben praktisch keine Entschädigungen bekommen. Darüber sollten wir ruhig reden, aber keinesfalls einfach eine Rechnung nach Deutschland schicken. Das wäre kontraproduktiv.‘

Die Position der Bundesregierung war bislang stets klar. Sie betrachtet diese Causa als abgeschlossen, weil Polen unter anderem 1953 auf Reparationen verzichtet habe. Auch der Grünen-Politiker Manuel Sarrazin sieht keinen rechtlichen Spielraum für neue Ansprüche. Er plädiert aber für einen neuen Ansatz in dieser emotionalen Streitfrage.

Sarrazin: ‚Ich denke, bei aller Strittigkeit der juristischen Frage, dass es ein starkes Signal wäre, wenn man trotzdem Bereiche findet, in denen man zu diesem Themenfeld zusammenarbeiten kann. Im Interesse der Menschen, die noch leben, und die auch nicht mehr lange leben werden. Um moralisch Verantwortung zu übernehmen.‘“

Aus: https://www.deutschlandfunk.de/geplanter-polen-gedenkort-in-berlin-hoffnung-fuer-deutsch.724.de.html?dram:article_id=491526 (Zugriff: 15.04.2021).

Aufgaben

1. Formulieren Sie zu den vier Ausschnitten aus dem Artikel Überschriften und fassen Sie die strittigen Themen in eigenen Worten zusammen.
2. Der Politiker Markus Meckel kritisiert ein gesondertes Polen-Denkmal. Erläutern Sie, welches Problem er darin sieht. Können Sie an weitere Kontra-Argumente denken? Was würde für ein Polen-Denkmal sprechen? Recherchieren Sie, weshalb Polen in Bezug auf den Zweiten Weltkrieg eine gesonderte Opferrolle haben könnte.
3. Bereits 1953 reichte Polen eine Erklärung zum Verzicht auf Reparationszahlungen ein. Die konservative PiS-Partei setzte 2017 jedoch eine neue Parlamentarierkommission ein, welche die Höhe der Entschädigungen ermitteln soll. Den neuen Forderungen, welche auch viele PolitikerInnen Polens aussprechen, möchte die Bundesregierung nicht nachgehen, was juristisch als korrektes Vorgehen gilt. Gibt es politische oder moralische Gründe, welche die Reparationsforderungen auch aus deutscher Sicht rechtfertigen würden? Diskutieren Sie!
4. In den deutsch-polnischen Beziehungen gibt es seit der Regierungsübernahme der PiS 2015 verstärkt Missstimmungen. Dennoch stehen Mitte Juni die Feierlichkeiten zum 30-jährigen Jubiläum des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags an. Diskutieren Sie mögliche Formen und Zeichensetzungen, um dieses Jubiläum trotz der offensichtlichen Spannungen angemessen zu begehen!